

Bezugs-Verfahren...  
Die den Lesern von Dresden u. Umgebung...

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker

**Lobeck's**

Marke: Dreiring

Fondant-Chocolade  
Rahm-Chocolade  
Bitter-Chocolade  
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.  
Dessert per Carton 2.3 u. 4 M.

per Tafel 50 Pf.

Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.



Bräutleute kaufen am vorteilhaftesten in der

**„Raumkunst“**

Dresden-A., Viktoriastraße 57.

Unübertroffene Auswahl billiger Wohnungseinrichtungen. Erstklassiges, eigenes Fabrikat. Neuester Schläger. Prachtstühle (D. R.-P.). Eleganz — Praktisch — Billig.

**Gegen Korpulenz**

rein pflanzliches unschädliches Mittel „Voss's-Pastillen, aus Phytolacca decandra und der Meeressalze Fucus vesiculosus unter Zusatz von abführender Pflanzenstoffe bereitet. Glas 20. Gebrauchsanw. 2 Mk. bei Versand v. 2.25 Mk. franko. Hergestellt im Laboratorium für mod.-plast. Präparate, Dresden. Hauptapoth.: Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

**Galerie E. Arnold**

Schloss-Strasse 34.

Stätten der Arbeit.

**Schutzbrillen und Respiratoren**

zum Schutze gegen Staub, Rauch, Dämpfe und irrespirable Gase fertigt als Spezialität

**Carl Wendschuchs**

Etablissement

**Struvestrasse 11.**

## Für eilige Leser.

**Nutmäßliche Witterung:** Westwind, mild, zeitweiliger Regen.

Die Revierkonferenz des Bergarbeiter-Dreibundes in Bochum hat die Wiederannahme der Arbeit beschlossen, da der Ausstand nutzlos sei.

Im Reichstage wurde gestern die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt. Im preussischen Landtage fanden die Ruhrkreit-Interpellationen zur Beratung.

Ein Fall von schwarzen Pocken ist in Wernsdorf bei Nordhausen festgestellt worden. Ein gleicher Fall ist gestern in Sondershausen gemeldet worden.

## Mehr Bauern!

Die freikonservative Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat den Antrag gestellt, im Interesse der Erhaltung des Bauerntums Erhebungen darüber zu veranlassen, in welchem Umfange in den letzten zehn Jahren bäuerlicher Grundbesitz in größerem Maße zusammengekauft oder bestehendem Grundbesitz angelegt worden ist.

„Wer ein festes und glückliches Vaterland will, der macht festes Bestreben und feste Bauern, die Erde muß nicht wie eine Kolonialware aus einer Hand in die andere gehen; des Landmannes Haus muß sein Lebensschlag sein, woraus mit leichtfertigen Herzen aus- und eingeflogen wird. Wo das ist, da sterben Sitte, Ehre und Treue, dort stirbt zuletzt das Vaterland.“ Diese Worte des großen deutschen Patrioten Ernst Rüdiger Andt enthalten ein volkswirtschaftliches Programm, das einst im frühen Mittelalter im deutschen Reiche verwirklicht war, bis eine schwächere Zeit kam, die den Grundbesitz zum Handelsartikel machte. Zum Schaden des Volkes. Erst in neuerer und neuerer Zeit erlöste wieder der Ruf: Mehr Bauern! Fehlet den bäuerlichen Grundbesitz, denn mit ihm steht und fällt das Vaterland! Unsere demokratische und im Grunde ihres Herzens bauernfeindliche Zeit bemüht sich, im Bauerntum den Inbegriff der „Machtlosigkeit“ zu sehen. Die Ueberhöhung des Geldes hat die Menschheit daran gewöhnt, die mit geringerem pekuniären Gewinn arbeitenden Stände als „unproduktiv“ anzusehen, als „Hemmschuh“ des angeblichen Fortschrittes. Es ist das ein verhängnisvoller Irrtum, denn man nicht energisch genug entgegenzutreten kann. Aber selbst in den Kreisen, die für den Wert der deutschen Landwirtschaft volles Verständnis haben, ist man an einer Erscheinung meist stillschweigend vorbeigegangen, die nicht ernst genug beurteilt werden kann. Gemeint ist die in manchen Gegenden überhand nehmende Auffassung des bäuerlichen Grundbesitzes durch den Großgrundbesitz.

Es braucht wohl nicht erst betont zu werden, daß aus diesen Zeiten keine Abneigung gegen den Großgrundbesitz als solchen spricht. Der deutsche Großgrundbesitz, der eine rühmliche Vergangenheit hat, hat unabweisbar wesentlich dazu beigetragen, die deutsche Landwirtschaft zu ihrem heutigen hohen Stande zu bringen. So ziemlich alle Fortschritte auf dem Gebiete des Ackerbaues und der Viehzucht sind in erster Linie vom Großgrundbesitz erprobt und gefördert worden, und schon aus diesem Grunde wird die Erhaltung der Rittergüter stets im Interesse der Landwirtschaft selber liegen. Nur eine weitere Ausdehnung des Großgrundbesitzes auf Kosten des Bauerntums soll und muß bekämpft werden, im Interesse der Landwirtschaft und damit im Interesse des deutschen Volkes.

Aus dem vorliegenden statistischen Material geht hervor, daß die ländliche Bevölkerung westlich der Elbe im Laufe des letzten Menschenalters nicht unbedeutend zugenommen hat, während östlich der Elbe die Landbevölkerung erheblich abgenommen hat. Der Westen ist vorwiegend Bauernland, der Osten zum großen Teil Großgrundbesitz. Weht man näher auf diese Tatsache ein, so ergibt sich die weitere Erscheinung, daß im Osten der preussischen Monarchie nur relativ wenig Landkreise heute mehr Bewohner haben als 1871. Das ist eine erschreckende Tatsache, deren Folgen um so verhängnisvoller werden, als dadurch der Osten gegen das Vordringen der Polen allmählich widerstandsunfähig wird. Nur unter Anwendung hoher Geldmittel wird in Polen und Westpreußen das deutsche Bauerntum gegen den polnischen Anprall gehalten, dafür greift die polnische Bewegung

bereits nach Pommern und Ostpreußen über, auch in Schlesien macht sich eine gewisse polnische Expansion bemerkbar. Die deutsche Tagelöhnerarbeit des östlichen Großgrundbesitzes verliert mehr und mehr die alte Heimat, um in der Großstadt höhere Löhne und mehr Gelegenheiten zum Vergnügen zu erhalten. Daß sich die Arbeiter der Stadt im großen und ganzen nicht besser stellen als die Landarbeiter, ist eine zweite Frage, die von den Abwandernden nicht bedacht wird und infolgedessen an dem Zustande nichts ändert. Die weitere Folge dieser Abwanderung ist die Einwanderung fremdländischer, vornehmlich slawischer Landarbeiter, so daß in der Tat ein großer Teil des formell noch deutschen Großgrundbesitzes slawisch kolonisiert ist. Diese Erscheinung hat in Böhmen, Mähren und Oesterreichisch-Schlesien bereits dahin geführt, daß auch die ehemals deutschen Großgrundbesitzer sich der Nationalität ihrer Arbeiter angepaßt haben. Eine starke Bauernkolonisation würde zunächst den Osten der Monarchie neu bevölkern und Millionen Deutschen eine neue und gesunde Heimat schaffen. Die landwirtschaftliche Produktion Deutschlands würde ferner eine erhebliche Steigerung erfahren, da die bäuerlichen Betriebe eine größere Bodenproduktivität zu haben pflegen als die Großgrundbetriebe. Dazu käme eine ganz wesentliche Erhöhung des Tierbestandes, der in den Kleinbetrieben verhältnismäßig viel größer zu sein pflegt wie in den Großbetrieben, drittens würde die slawische Hochflut, die jetzt nur mit Anspannung aller staatlichen Mittel notdürftig zurückgehalten wird, an dem grünen Damme des deutschen Bauerntums von selber zerbrechen.

Dazu kommt die Notwendigkeit des bäuerlichen Grundbesitzes für unsere Wehrkraft. Die Großstädte wirken auf unsere Wehrkraft verderblicher als Pestilenz und Seuchen. Einige Beispiele mögen für sich sprechen. So lieferte Berlin, die durchschnittliche Tagelohnsziffer mit 100 angenommen, nur 39, Hamburg 42, Preußen aber 140, die Provinz Sachsen 134, Pommern 133 Mann. Verliert das platte Land weiterhin anwachsen der Großstädte, so muß in kommender Zeit unser Rekrutenjaher notwendigerweise Schwierigkeiten machen. Gelingt es aber, die Bevölkerung des Ostens zu verpopeln durch eine großzügige Bauernkolonisation, so bedeutet das eine ungeheure Stärkung unserer Wehrkraft, die wir dank unserer geographischen Lage bitter nötig haben.

Ein Bild auf die Geschichte möge dieses Bild ergänzen. Sparta wuchs, solange es einen starken Bauernstand hatte; das Geleis des Epitabens ermöglichte die Bildung des Großgrundbesitzes, und die Folge: Von 7000 Vollbürgern im Jahre 430 v. Chr. sank die Zahl bis zum Jahre 250 v. Chr. auf 700 herab, von denen noch dazu 600 völlig verarmt waren. Der Schluß der Tragödie war der Untergang Spartas im Jahre 221 v. Chr. Dasselbe Ergebnis hatte das Ueberhandnehmen des Großgrundbesitzes in Italien. Es vernichtete die römische Wehrkraft, innerhalb von 30 Jahren sank die Zahl der wehrfähigen römischen Bürger von 337 000 auf 317 000. Bald war der römische Bauernstand gänzlich aufgeflogen, die Latifundienwirtschaft bereitete den Untergang Roms vor. Ostrom hielt sich länger, weil verschleierte römische Herrscher eine großartige Bauernkolonisation betrieben hatten. Schwache Nachfolger verließen diese Bahn, die Bauern wurden Leibeigene, und im Sturm eroberten die Türken die Provinzen Kleinasiens. Die Gründe hierfür sind nur zu klar. Die Türken gaben allen, die die Kopfsteuer zahlten, die persönliche Freiheit. Für die Leibeigenen wurden die Türken also die Bringer der Freiheit. Spanien blühte, solange ein starkes Bauerntum dort schaltete. Ueberaus schnell kam der Verfall, als die freien Bauern Hörige der Großgrundbesitzer wurden. Ganz Andalusien gehörte a. V. wie Damaskus in seiner Geschichte der Nationalökonomie (Verlag Gustav Fischer, Jena) erzählt, fünf Herzögen. Und die Folge? Am das Jahr 1500 schätzte man die Einwohnerzahl dieses Landes auf 11 Millionen, 1508 betrug sie noch 8,2, und um 1700 nur noch 5,4 Millionen.

Exempla docent.

— Abg. Dr. Cohn (Soz.): Die Verstaatlichung des Kaliberbergbaues sei unumgänglich notwendig für die Industrie, die trotz oder wegen des Kaliberbaues in wenigen Jahren dem Ruin anheimfalle, für die kleinen Landwirte, die jetzt dem Kaliberbau teurer bezahlten mühten, und vor allem die Arbeiter. Redner protestiert dann in längerer Ausführungen gegen die angeblichen Vorkommnisse des Abgeordneten Sachse durch den preussischen Minister des Innern geltend im Abgeordnetenhause. — Unterhausschatzsekretär Richter erwidert auf das Verlangen, den Bund der Landwirte vom Bezuge der Propagandagelder auszuscheiden: Ob der Bund der Landwirte ein politischer Verein ist oder nicht, ist hier nicht zu untersuchen, ich habe nur den Auftrag, pflichtmäßig zu prüfen, ob die Propagandagelder auch wirklich zu Propagandazwecken verwendet werden. Was mit den Rabatten gemacht wird, geht uns nichts an. Der Bund der Landwirte hat übrigens bisher noch nicht einen Pfennig aus der Reichskasse erhalten. Jetzt werden erst seine Ausgaben für 1910 und 1911 geprüft. — Abg. Gotthein (Soz.): Wenn der Unterhausschatzsekretär die politische Waise bei der Kaliberpropaganda des Bundes der Landwirte nicht merke, dann leide er an politischer Farbenblindheit. Ein Privatmonopol, das sich aus natürlichen Voraussetzungen entwickelt, sei einem Reichsmonopol vorzuziehen. Das Kaliberfundat habe sich aber nicht aus natürlichen Voraussetzungen entwickelt. Zwanzig der größten Werke wären wohl imstande, den ganzen Bedarf Deutschlands und der Ausfuhr zu decken. Wenn man die schwachen Werke auf der Strecke gelassen hätte, hätten die anderen zu halben Preisen bei starker Förderung die Industrie gesund gemacht. Nun aber sei die Ueberproduktion da. Hunderte von Millionen seien in unrentablen Werken angelegt. Der Rasch der Kaliberindustrie sei nicht aufzuhalten. Ihm graue vor den Reichsmonopolen, weil wir dann noch mehr Bureaufratte und Beamte bekämen. — Abg. Graf Helldorf (kons.): Wir können das Gesetz nicht schon wieder abändern. Dadurch würde die Kaliberindustrie sehr benachteiligt und die Spekulation herausgefordert. Die Festsetzung von Durchschnittslöhnen erscheint uns bedeutend. Die Propagandagelder sind notwendig; der Verwendungsnachweis scheidet vor politischem Mißbrauche. — Auf Antrag Koefer (lib., Soz.) wird beschlossen, die neue Ausgangsstation für die Fruchtbeschaffung in Colmar i. E. einzurichten, und zwar spätestens am 1. Januar 1914. — Nach dem Antrage der Budgetkommission, geändert durch ein Amendement Behrens, wird um eine Abänderung des Kaliberbaues dahin erachtet, daß eine Anzeigepflicht für die großen Uebertragungen eingeführt wird und daß ein Teil der Abgabe der Reichskasse verbleibt. Die Durchschnittslöhne, die regelmäßige Arbeitszeit und die Tarifverträge sollen sofort nach ihrer Festsetzung oder Abänderung veröffentlicht werden. Weiter wird der Reichszentralrat um eine Denkschrift über Durchschnittslöhne, Arbeitszeit und Tarifverträge ersucht. — Zum Kapitel „Statistisches Amt“ beantragt die Volkspartei, den Reichsanwalt zu ersuchen, gelegentlich der 1913 fälligen Reichserhebung über die Bodenbenutzung Ermittlungen über Verkauf und Einkauf von Getreide, Mehl, Brot und anderer der landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenbetriebe für das Erntejahr 1912 in der Weise zu veranlassen, wie solche in Baden von den großherzoglichen Amtsvorständen 1902 durchgeführt wurden. — Abg. Schumann (Soz.) wünscht statistische Erhebungen über die Arbeitszeit und Löhne im Binnenhandelsbetriebe und eine Regelung der Sonntagsruhe im Transportgewerbe, wobei er in einer stundenlangen Rede die Verhältnisse der Berliner Omnibusfahrer und Straßenbahner erörtert. — Abgeordneter Sittart (Dent.) tritt für ausserordentlichen sozialen Schutz der im Transportgewerbe Beschäftigten, besonders der Straßenbahner, ein. Er gebe da manche, die im ganzen Jahre überhaupt keinen freien Sonntag hätten. — Ministerialdirektor Dr. Caspar erwidert, die Verwaltung bemühe sich nach Kräften, die Verhältnisse zu bessern. In die Verhältnisse der Kleinbahnen könne von Reichs wegen nicht eingegriffen werden. Das sei Sache der Bundesstaaten. Die verschiedenartigen Verhältnisse des Schifffahrtsgewerbes lassen eine allgemeine schematische Regelung für das ganze Reich gleichfalls nicht zu. — Abg. Dr. v. Schanze-Waczenroth (Soz.) begründet die Resolution seiner Fraktion: Wir wollen wissen: Wieviel Familien gibt es auf dem platten Lande, die mehr Brotgetreide verkaufen als verbrauchen? Wieviel landwirtschaftliche Betriebe sind sogenannte Ueberkulturwirtschaften? Redner verweist auf die badiische Enquete. 94 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe waren dort Ueberkulturwirtschaften und 12 Prozent am Getreideverkauf zu gut wie gar nicht interessiert. Redner bezeichnet unter großer Begeisterung der Rechten die Volkspartei als die eigentliche Bauernpartei. Er spricht sich gegen jeden Getreidezoll aus, der den Bauernhand schädigt. Ferner verlangt Redner eine Vervollständigung der Statistik wegen des Rückganges der deutschen Geburten. — Abg. Derfel (kons.): Den Zoll auf Erzeugnisse der Landwirtschaft verlangen auch wir, das ist ja der Zweck unseres lächerlichen Zolltarifs, den der Vordredner bekämpft. Der Resolution der Volkspartei stimmen wir zu, es hätte dazu nicht erst einer freundschaftlichen Aibelung bedurft. (Weiterkeit.) Der badiischen Statistik hatte ich eine sachliche entgegen, die vom Bund der Landwirte veranstaltet ist. (Aha! links.) Danach haben auch im Gegensatz zu der Meinung des Vordredners die Kleinbauern ein erhebliches Interesse an den Getreidezöllen. Großgrundbesitzer und Kleinbesitzer gehören zusammen. (Aha! Reiter ruft: Funktion!) Der Bund der Landwirte hat diese freikümmigen Schwärmer von gereinten Interessen in das Gebiet der Enquete

## Neueste Drahtmeldungen

vom 19. März.

### Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Präsident Dr. Kaempf kündigt eventuell eine Abänderung an. Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt mit der Aussprache über die Ausführung des Kaliberbaues.

COGNAC MERKOW